

## **Kleine Anfrage 1278**

des Abgeordneten Péter Vida  
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

### **Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in Brandenburg**

Bereits seit 01.01.2015 sind im Rahmen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes Bioabfälle getrennt einzusammeln und zu verwerten. Hierzu gibt es auch aus der Bevölkerung Kritik und zahlreiche Fragen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist der Stand der Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes im Land Brandenburg hinsichtlich der Pflicht, Bioabfälle getrennt einzusammeln und zu verwerten? (Anteil der Bevölkerung, bei dem getrennte Entsorgung angeboten wird - wenn möglich bitte die Daten nach einzelnen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten aufschlüsseln.)
2. Wie hoch ist der Anteil der getrennt eingesammelten Bioabfälle in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten, d.h. wie hoch sind die in den Kreisen eingesammelten Mengen - absolut in m<sup>3</sup> je Kreis und in % vom Gesamtaufkommen im Kreis?
3. Wie erfolgt die Verwertung der getrennt eingesammelten Bioabfälle in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten?
4. Wie erfolgt in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten die Einbindung der getrennt eingesammelten Bioabfälle in geschlossene Stoffkreisläufe und wie erfolgt die Umsetzung der Werthaltigkeit der Bioabfälle in einen Wertschöpfungsprozess?
5. Wo und in welchem Umfang wird in Brandenburg mit Hilfe der Bioabfällen eine Wertschöpfung erzielt, etwa durch Erzeugung oder Vertrieb marktfähiger - z.B. Biogas, Viehfutter, organische Spezialprodukte oder ähnliches?
6. Es besteht in der Bevölkerung die Befürchtung, dass lediglich neue Gebühren für die vorgeschriebene Entsorgung der Bioabfälle erhoben werden, ohne dass die separat eingesammelten Bioabfälle anschließend einer gesonderten Verwertung zugeführt werden. Wie plant die Landesregierung eine derartige Entwicklung auszuschließen?

7. Besonders im ländlichen Raum besitzen viele Bürger eigene Möglichkeiten zur Kompostierung biologischer Abfälle. Kann die Landesregierung versichern, dass das Einsammeln von Bioabfällen grundsätzlich auf freiwilliger Basis erfolgen wird und dass Gebühren nur von denjenigen Einwohnern erhoben werden, die entsprechende Leistungen in Anspruch nehmen?
8. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung für den Fall, das aufgrund von Studien oder praktischer Erfahrung das Einsammeln und Verwerten wegen Mangels an ökologischer Notwendigkeit und Fehlens wirtschaftlicher Effektivität in einigen Regionen als nicht sinnvoll erachtet wird?
9. Es ist allgemein bekannt, dass die Behandlung der Restabfälle aus Haushalten nach dem Verfahren der "kalten Rotte", wie es in Vorketzin praktiziert wird, ohne einen Mindestanteil an Bioabfällen nicht funktioniert. Welches Konzept hat die Landesregierung hinsichtlich der zukünftigen Behandlung und - vorzugsweise - Verwertung des Restmülls, der keine Bioabfälle mehr enthält?
10. Hat die Landesregierung eine Übersicht über die Energiebilanz des Einsammelns und Verwertens von Bioabfällen unter Berücksichtigung des Bedarfs an Primärenergie insbesondere für das Einsammeln sowohl bei Bringsystemen als auch bei Abholung? (Wenn möglich bitte die Daten in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten darstellen).
11. In einigen Landkreisen sind für die Bioabfälle Abholintervalle von 4 Wochen vorgesehen. Daher werden Geruchsbelästigung, Befall mit Insekten oder das „Leerräumen“ und Verstreuungen der Bioabfälle durch Wildschweine, Waschbären oder andere Tierarten befürchtet. Wie schätzt die Landesregierung diese Probleme ein und welche Maßnahmen sind gegebenenfalls dagegen geplant?